

DIE KRISE ÜBERWINDEN

Wir brauchen ein neues soziales Gleichgewicht



**NACH BALD
EINEINHALB JAHREN,
DIE FÜR VIELE MENSCHEN
VON ISOLATION,
GESUNDHEITLICHEN SORGEN
UND ANGST VOR DER ZUKUNFT
GEPRÄGT WAREN,
WÄCHST MIT
FORTSCHREITENDER
IMMUNISIERUNG DER
BEVÖLKERUNG DIE HOFFNUNG
AUF EIN BALDIGES ENDE
DER CORONA-KRISE.**

Doch auch wenn wir das Virus und die damit einhergehende Gefahr in absehbarer Zeit endlich in den Griff bekommen sollten, werden uns die Pandemie – als eine der größten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Nachkriegszeit – und ihre Folgen noch lange begleiten.

Allem voran ist die in Deutschland seit Langem bestehende soziale Ungleichheit in der Corona-Krise nicht nur deutlich hervorgetreten – sie hat weiter zugenommen. Denn auch wenn das Virus grundsätzlich alle Menschen und alle Bereiche des Gemeinwesens betroffen hat, unterscheidet der Grad an Betroffenheit klar zwischen Arm und Reich. Die Krise kennt viele Verlierer*innen: einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, Pflegebedürftige, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Leistungsberechtigte in der Grundsicherung, Kinder und Jugendliche. Aber daneben gab und gibt es auch zahlreiche Profiteur*innen. Während einige Unternehmen aus Steuergeldern finanzierte Staatshilfen in Milliardenhöhe angenommen oder ihre Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit geschickt haben, wurden zeitgleich Dividenden an die eigenen Aktionär*innen ausgeschüttet. Im selben Atemzug, indem der schärfste Einbruch des Bruttoinlandsprodukts seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 beklagt wurde, stieg die Zahl der Milliardär*innen in Deutschland um 29 auf 136. Auch wenn die Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 nach Angaben des Statistischen Bundesamts um deutliche fünf Prozent nachgegeben hat, wuchs das Vermögen dieses Personenkreises um mehr als 100 Milliarden Euro beziehungsweise um drei Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands. Im Zuge der milliardenschweren Rettungspakete haben die Regierungen massiv Geld vom Staat hin zu den Bürger*innen umverteilt. Doch während die Sorgen und Bedürfnisse vieler Menschen damit lediglich notdürftig abgemildert werden konnten, ist bei einem sehr kleinen, aber sehr vermögenden Teil der Bevölkerung die Krise bis heute nicht angekommen – im Gegenteil: Sie haben von ihr noch profitiert.





Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung zeigt sich, dass die große sozioökonomische Ungleichheit, die sich in der Krise weiter verschärft hat, nur durch mehr Steuergerechtigkeit, Umverteilung und öffentliche Investitionen aufgelöst werden kann. Selbst der Internationale Währungsfonds als Hüter der weltweiten Finanzstabilität fordert Deutschland dazu auf, nach der Krise mehr Geld auszugeben sowie mehr Wohlstand von oben nach unten umzuverteilen, um den „Teufelskreis der Ungleichheit“ zu durchbrechen.

Wir brauchen ein Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit und einen politischen Kurswechsel im Sinne einer klaren Stärkung des Sozialstaats und einer Rückbesinnung auf die soziale Frage.

Noch nie hat Deutschland in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in so kurzer Zeit so viel Geld ausgegeben wie in der Corona-Pandemie. Rund 650 Milliarden Euro an Krediten haben Bund, Land und Kommunen in den Jahren 2020 bis 2022 mobilisiert, um die Auswirkungen der Krise abzumildern. Angesichts dieser gigantischen Summen bei einem gleichzeitig zu erwartenden Rückgang der Steuereinnahmen wird es voraussichtlich Jahrzehnte dauern, bis diese Schulden samt Zinsen getilgt sind. Die hieraus resultierenden schwierigen Verteilungsfragen führen zwangsläufig zu der generellen Überlegung:

Wer zahlt die Kosten der Krise?



Wenn es nach dem Willen der Finanzminister in Bund und Land geht, dann soll die Schuldenbremse schon bald wieder eingehalten werden, um schnellstmöglich zur „Schwarzen Null“, also zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme, zurückzukehren. Die Wahrung dieses Dogmas müsste unweigerlich durch Kürzungen in den Haushalten und ausbleibende Investitionen erkauft werden. Die Schuldenbremse würde zur Investitions- und Zukunftsbremse. In Anbetracht der höchsten Armutsquote seit der Wiedervereinigung, explodierenden Mietpreisen, nicht weiter aufzuschiebenden Zukunftsherausforderungen wie Klimaschutz und digitale Transformation sowie der dringenden Notwendigkeit für Investitionen in Bildung, Pflege und Infrastruktur wäre eine solche Finanzpolitik nicht nur kontraproduktiv und ambitionslos, sondern zukunfts- und generationenfeindlich.

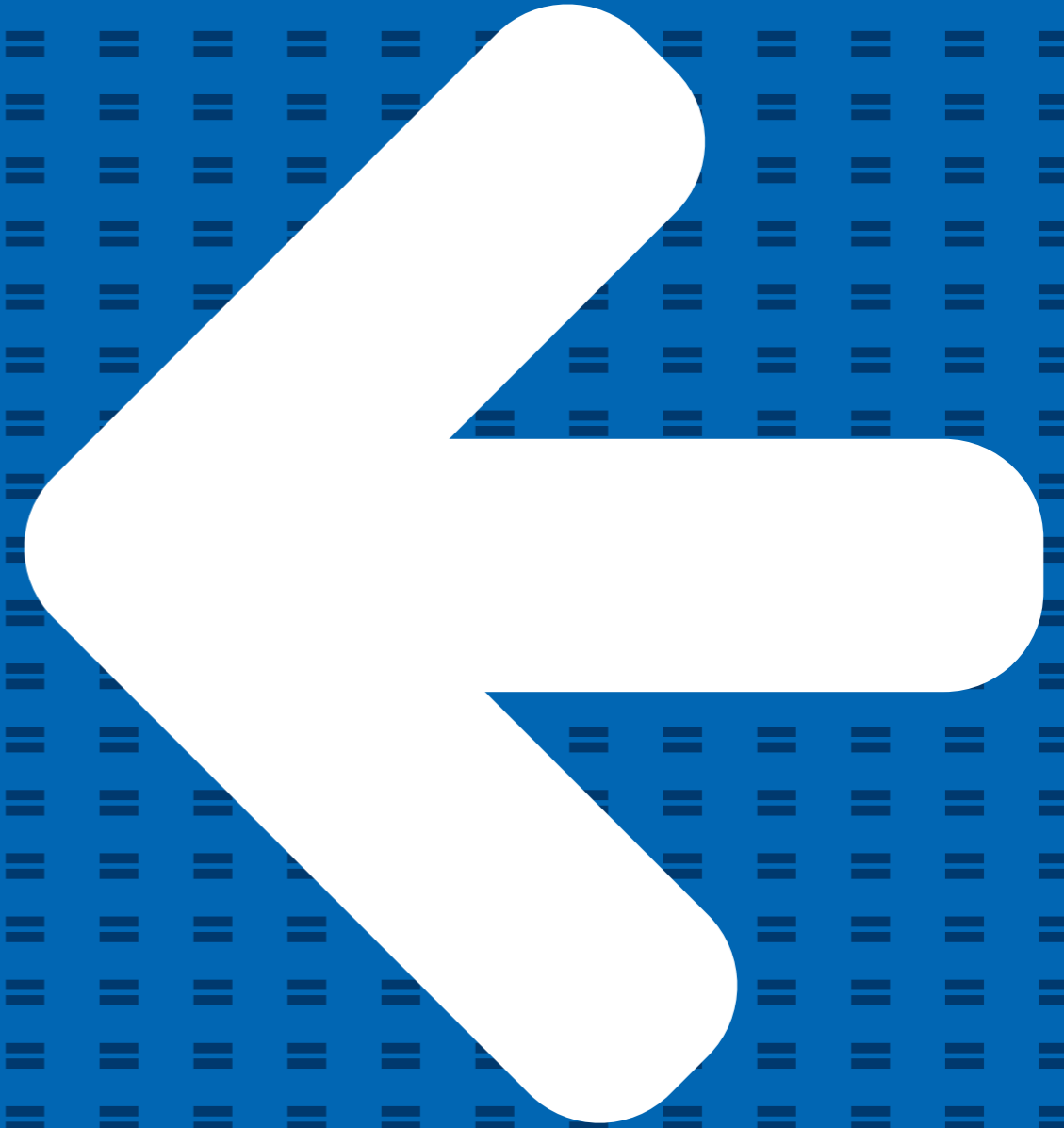
Wir fordern die Entwicklung von finanzpolitischen Instrumenten, die bei gleichzeitiger Beibehaltung der Schuldenbremse der Politik mehr Gestaltungspielraum und Flexibilität ermöglichen. In diesem Zusammenhang sollte die Goldene Regel (Möglichkeit der Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen) wiedereingeführt werden, um notwendige Investitionen im Sinne des Generationenausgleichs zu ermöglichen. Dabei sollte auch die Gründung eines Deutschlands- und eines Niedersachsenfonds auf Bundes- wie auf Landesebene in Erwägung gezogen werden.

Auch wenn die Rückkehr zur alten Politik der Austerität definitiv der falsche Weg ist, darf die Aufnahme neuer Kredite für den gesellschaftlichen Wiederaufbau nicht die einzige Lösung bleiben. Für eine soziale und solidarische Gesellschaft braucht es eine gerechte Umverteilung des vorhandenen Wohlstands und eine verteilungsgerechte Besteuerung, die hohe Einkommen und Vermögen stärker in die Pflicht nimmt.





Bereits vor der Pandemie hat das reichste eine Prozent der Bevölkerung über rund 35 Prozent der gesamten Vermögen in Deutschland verfügt. Damit besitzt dieses eine Prozent mehr als die unteren 90 Prozent der Bevölkerung, die zusammen lediglich auf 33 Prozent Anteil am Gesamtvermögen kommen. Auch wenn der Sozialstaat und die dazugehörigen Umverteilungssysteme während der Krise Wirkung gezeigt haben, hat Corona auch die seit Jahrzehnten bestehenden Defizite unseres Sozialstaats in Folge einer fehlgeleiteten Steuer-, Haushalts- und Kürzungspolitik und dem Rückzug der öffentlichen Hand offen zutage treten lassen. Während in der Vergangenheit die Wohlhabenden unter anderem durch die Abschaffung der Vermögensteuer, großzügige Regelungen bei der Erbschaftsteuer oder die Senkung der Grenzsteuersätze bei den Einkommen- und Unternehmenssteuern entlastet wurden, stieg die Steuerlast für die Gesamtbevölkerung durch höhere indirekte Steuern, etwa die Mehrwert- und die Ökosteuer. Durch diese Entwicklung tragen Superreiche, multinational tätige Konzerne und Topverdiener*innen – gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit – bislang zu wenig zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei. Stattdessen tragen die abhängig Beschäftigten über die direkten und indirekten Steuern die Hauptlast bei der Finanzierung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen.





Wenn wir die Lasten der Corona-Krise gerecht verteilen und die anstehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse solidarisch finanzieren wollen, werden starke Schultern unweigerlich mehr tragen müssen, als das bislang der Fall vor.

Wir fordern eine gerechte Steuer und Verteilungspolitik zur Gestaltung einer Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. In diesem Zusammenhang gilt es, alle zur Verfügung stehenden finanziellen Instrumente zu prüfen – die Vermögensteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Reform der Erbschaftssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe.

Nach der Krise ist vor der Krise, das zeigt nicht nur die Erfahrung der Vergangenheit im Hinblick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch der Blick auf die ungelöste Klimakrise und die berechtigte Sorge darüber, dass Corona am Ende keine soziale Krise werden darf. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es heute mehr denn je eine gerechte und progressive Steuer- und Verteilungspolitik, die Reichtum fair verteilt und damit den vorhandenen großen Wohlstand unserer Gesellschaft für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts mobilisiert, im Sinne eines neuen sozialen Gleichgewichts.



SOZIALES GLEICHGEWICHT WIEDERHERSTELLEN





paritaetischer.de

